

Zusammenfassung der VOX-Analyse September 2021: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2021

Eine Frage der Gerechtigkeit – doch mit zwei unterschiedlichen Ausgängen: Während die "Ehe für alle" eine Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare brachte, explizit dem Zeitgeist entsprach und eine breite Mehrheit fand, hat es die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" nicht geschafft, eine "neue" Gerechtigkeit bei der Kapitalbesteuerung zu schaffen. Die Sorge vor der Schwächung des Mittelstandes und wirtschaftliche Gründe haben zu einem Nein bei der Kapitalbesteuerung geführt. Obwohl beide Initiativen klare Mehrheiten von "links" hatten, erhielt nur die Ehe für alle auch breite Unterstützung von Sympathisierenden anderer Parteien und von Parteiunabhängigen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'024 Stimmberechtigten der VOX-Analyse September 2021. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Nein zur Änderung des Status Quo bei der Kapitalbesteuerung Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" (Kapitalbesteuerung)

Die Kapitalbesteuerung zielt darauf ab, dass Kapitaleinkommen wie Zinsen oder Dividenden höher besteuert würden. Die Mehrheit der Bevölkerung hat aber die Initiative abgelehnt. Zustimmung erhielt die Initiative lediglich von "links". Mitte, Rechts und Personen ohne Parteibindung haben ein klares Nein eingelegt. Die Gründe der Pro-Seite waren, dass damit mehr Steuergerechtigkeit geschaffen und damit auch die Ungleichheit bekämpft werden kann, aber diese Argumente haben keine Mehrheit erreicht. Die Nein-Gründe, die mehr überzeugten, zeugten davon, dass der Status Quo bei der Kapitalbesteuerung nicht geändert werden soll: Kapital werde bereits besteuert, es gäbe bereits genug Umverteilung und der Mittelstand würde bei einem Ja leiden. Nur ein Pro-Argument hat eine Mehrheit erreicht: Wenn der Unterschicht und dem Mittelstand mehr Geld zur Verfügung stünden, würde das die Schweizer Wirtschaft ankurbeln. Doch der Status Quo und die Sorge über eine mögliche Schwächung des Mittelstands hielten eine Mehrheit davon ab, die derzeitige Kapitalbesteuerung zu ändern.

Ja zur überfälligen Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

Die "Ehe für alle" führt eine Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare ein. Die Gesetzesänderung erhielt Unterstützung von fast allen Seiten: Durch fast alle Altersgruppen erhielt sie grosse Unterstützung, ebenso von Personen, die sich als links oder rechts einstufen. Gegenwind kam nur aus vereinzelt Personengruppen: Nämlich von Personen, die sich als rechts aussen bezeichnen, die mit der SVP sympathisieren und die Freikirchen sehr stark vertrauen. Die Anhängerschaft der Mitte war gespalten: 49 Prozent stimmten für die Ehe für alle. Die Nein-Motive und –Argumente waren kirchlich respektive konservativ geprägt: Die Ehe für alle sei unnötig, falsch oder nicht nach Gottes Plan. Ebenso hat die "Kinder-Frage" polarisiert: das Nein-Lager hat argumentiert, dass Kinder Mutter und Vater als Vorbild brauchen. Alle diese Argumente fanden aber bei weitem keine Mehrheit. So haben die Pro-Argumente sehr viel stärker überzeugt und

auch im Nein-Lager Zuspruch gefunden: Die Ehe für alle war längst überfällig und entspricht dem heutigen Zeitgeist. Sogar Personen, die eine gemischte Haltung dazu haben, ob die Schweiz eher mit dem Zeitgeist gehen oder eher die Traditionen wahren soll, haben mehrheitlich Ja gestimmt. Ebenso sei auch bei der Kinder-Frage entscheidend, dass sie Liebe und Fürsorge erfahren – und nicht die sexuelle Orientierung der Eltern. Damit zieht die Schweiz mit der Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare mit ihren Nachbarländern gleich.

Mobilisierung von linksaussern und Parteien aus der Mitte

Die Beteiligung

Am eidgenössischen Urnengang vom 26. September 2021 nahmen leicht überdurchschnittlich viele Stimmberechtigte an der Abstimmung teil: Bei den zwei Vorlagen lag die Teilnahme bei rund 52,4 Prozent. Die Ehe für alle hat stärker mobilisiert als die Kapitalbesteuerung. Unter den Mobilisierten befanden sich verstärkt Personen, die sich auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung als "linksaussern" bezeichnen. Ebenfalls haben viele Personen teilgenommen, die mit der SP, FDP, GLP und den Grünen sympathisieren.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 26. September 2021 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden. Die Ehe für alle wurde angenommen, die Kapitalbesteuerung abgelehnt.

Über die Studie

Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Das gilt auch für alle alten VOX-Datensätze und VOX-Berichte.

Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Institute Member

 **gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.